

Parolen

für den 9. Februar 2020

Städtische Abstimmungen

JA zur Sanierung und Erweiterung Volksschule Bethlehemacker

JA zum Gaswerkareal: Grundstückserwerb

JA zur Überbauungsordnung Untermattweg 8

JA zur Gesamtsanierung Monbijoustrasse: Ausführungskredit

Kantonale Abstimmungen

JA zum Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres

JA zum Transitplatz in Wileroltigen

Nationale Abstimmungen

JA zur Wohnungsinitiative („Mehr bezahlbare Wohnungen“)

JA zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm

JA!genda

10.-11. Januar: Kino und Konzerte der Tour de Lorraine (www.tourdelorraine.ch)

14. Januar: WandelBar-Film „Frauen Bildet Banden“, 19 Uhr im Frauenraum

16.-18. Januar: Klimahalle an der Tour de Lorraine (www.klimahalle.ch)

19.-21. Januar: Wanderung von Landquart nach Davos (www.tourdelorraine.ch)

Interessiert? Komm vorbei!

Wir treffen uns alle drei Wochen im JA!-Seki an der Breitenrainstrasse 59 in Bern.

Unsere nächsten Sitzungstermine sind noch grad nicht fix - Du findest sie aber schon bald auf unserer Website. Die Reitaite ist jedoch schon klar, sie findet am 31. Januar - 2. Februar statt und neue Gesichter sind herzlich willkommen! Im Zentrum werden die Stadtratswahlen vom nächsten Jahr stehen. Wenn du dir vorstellen kannst, zu kandidieren, dann melde dich doch bei uns!

Impressum

Der ja!rgon erscheint 4 mal jährlich

Junge Alternative JA!
Breitenrainstrasse 59
Postfach
3001 Bern

Telefon 031 301 82 09

info@jungealternative.ch
www.jungealternative.ch
Postkonto 30-1054-3

Redaktion dieser Ausgabe: Ronja Rennenkampff, Seraina Patzer, Lorenz Jordi, Patricia Klarer
Layout: Eva Krattiger
Lektorat: Seraina Patzen, Eva Krattiger

Erweiterung der Anti-Rassismus- Strafnorm

Am 9. Februar 2020 stimmen wir über die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm um die sexuelle Orientierung ab. Es geht darum, dass Lesben, Schwule und Bisexuelle einen Schutz vor Hass, Hetze und Diskriminierung erhalten. Von Ronja Rennenkampff

Lesben sind krank und Schwule Papas dürfen ihr Kind nicht in die Spielgruppe bringen. Das sind nicht etwa erfundene Schlagzeilen. Dies sind zwei Fälle, die in der Schweiz ausgesagt worden oder passiert sind.

Solche Aussagen sind heute noch legal. Die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm soll das ändern. Bis heute bist du als LGB-Person nur geschützt, wenn du als Einzelperson diskriminiert wirst. Die Masse oder besser gesagt eine ganze Gruppe von LGB-Menschen kann diskriminiert werden und es gibt keinen Gesetzes-Artikel, der dies bestraft.

Das Anti-Rassismus-Gesetz verbietet heute die Diskriminierung aufgrund von Religion oder Hautfarbe. Die Bundesversammlung hat entschieden, die sexuelle Orientierung ebenfalls mit in dieses Gesetz zu nehmen. Jedoch hat ein überparteiliches Bündnis, bestehend aus EDU und junger SVP, das Referendum ergriffen, deswegen stimmen wir im Februar darüber ab.

Die Gegner der Erweiterung des Anti-Rassismus-Gesetzes argumentieren, dass ihnen mit diesem Gesetz die Meinungsfreiheit entzogen wird. Doch für uns ist klar: Hass ist keine Meinung und sollte bestraft werden. Mit diesem Gesetz ist es weiterhin möglich, kritische Debatten zu führen, es verbietet in keiner Art und Weise, kritische Meinungen zu äussern. Es soll Menschen schützen vor Aussagen wie „alle Lesben sind krank“ und vor Diskriminierung, wie im Fall der schwulen Väter, deren Kind nicht in die Spielgruppe durfte. In diesen Fällen geht es sich nicht darum eine Meinung zu äussern und deshalb sollen solche Handlungen oder Aussagen bestraft werden können. Dafür ist dieses Gesetz.

Die Erweiterung des Strafartikels gegen Rassendiskriminierung (Art. 261bis StGB und Art. 171c MStG) um das Kriterium «sexuelle Orientierung» wurde im Dezember 2018 von National- und Ständerat beschlossen. Wer heute in der Schweiz zu Hass und Hetze gegen Lesben, Schwule und Bisexuelle als gesamte Gruppe aufruft oder Lesben, Schwule und Bisexuelle diskriminiert, kann dafür nicht belangt werden. Durch die Erweiterung wird es möglich, Hetze gegen Lesben, Schwule und Bisexuelle zu bekämpfen und ein klares Statement gegen die Diskriminierung von LGB-Menschen zu setzen!

Stimme am 9. Februar Ja zum Schutz vor Hass!

JA! zum Transitplatz in Wileroltigen

Nach langer Suche nach mehr Halteplätzen für Fahrende im Kanton Bern hat der Grosse Rat endlich einer Vorlage für einen Transitplatz in Wileroltigen zugestimmt. Dagegen hat die Junge SVP das Referendum ergriffen, weshalb wir jetzt im Februar darüber abstimmen. Die Abstimmung stellt auch die Frage, wie diese Gesellschaft mit unterschiedlichen Lebensweisen und Kulturen umgeht und umgehen will.
Von Seraina Patzen

Der Standort Wileroltigen bringt einige Voraussetzungen mit, die zu einer günstigen Realisierung des Transitplatzes beitragen werden: Direkt an der Autobahn gelegen, an einem Standort, wo heute schon ein Autobahn-Rastplatz vorhanden ist. Die nötige Infrastruktur muss deshalb nicht neu gebaut werden, sondern wird einfach erweitert, Wasser- und Stromanschlüsse bestehen zum Beispiel bereits. Auch sind keine neuen Zufahrtsstrassen nötig.

Doch für die Junge SVP, die das Referendum gegen den Kredit für den Transitplatz ergriffen hat, geht's nicht ums Geld. Auch nicht um die oft vorgeschobene Gemeindeautonomie. Es geht ganz einfach darum, den Fahrenden ihre Lebensweise so schwer wie möglich zu machen. Aber wir müssen auch gar nicht bis zur Jungen SVP gehen, um auf Ressentiments gegen Fahrende zu stossen: Im Bund wurde kürzlich ein Artikel über den geplanten Standplatz für Fahrende in Muri veröffentlicht. Hier äusserten sich alle Befragten kritisch, wenn nicht gar abfällig, über den geplanten Platz: Vom Bauer, der „fürchtet, dass die Fahrenden die Grenzen zu seinem Feld nicht einhalten würden und er dadurch zu Schaden käme“ (Der Bund vom 6.12.2019) bis zu den Hündeler*innen, die auf dem angrenzenden Feld ihre Hunde trainieren und befürchten „die Anwesenheit der Fahrenden könnten den täglichen Übungsbetrieb mit den Hunden stören, wenn nicht sogar verunmöglichen“ (Der Bund vom 6.12.2019)

Dass dies teilweise völlig aus der Luft gegriffenen Befürchtungen und Aussagen in dieser Ausführlichkeit im Artikel breitgeschlagen wurde, hat mich wütend gemacht. Genauso werden Vorurteile weiter geschürt und die Diskriminierung von Fahrenden und ihrer Lebensweise weiter fortgeführt.

Die Schweiz hat 1998 das Rahmenabkommen über den Schutz nationaler Minderheiten unterschrieben und wäre zum Bau von genügend Halteplätze für in- und ausländische Fahrende verpflichtet. Trotzdem gibt es bis heute deutlich zu wenig Plätze. Mit der Besetzung der kleinen Allmend machten Fahrende 2014 auf diesen Missstand aufmerksam. Der politische Prozess für mehr Halteplätze läuft nun schon seit Jahren und geht nur schleppend voran. Umso wichtiger ist ein Ja zum Transitplatz in Wileroltigen. Mehr Halteplätze sind für die Lebensweise der Fahrenden von existenzieller Bedeutung.

Ein Ja ist ein Zeichen, dass wir eine Gesellschaft wollen, in der alle Menschen ihren Platz zum Leben haben.

Meine Wohnungssuche.

Ein Plädoyer für die Initiative « Mehr bezahlbare Wohnungen »

Von Lorenz Jordi

Eine WG in Bern nahe des Bahnhofs, das ist mein Traum. Doch Traum bedeutet immer auch, dass es eher unrealistisch ist bzw. in weiter Ferne.

Vor drei Jahren wollte ich mit einem Freund in Lausanne eine Colocation gründen. Wir sind damit jedoch gescheitert. Wir hatten keine Chance als Studenten eine Wohnung zu bekommen, trotz Garantien unserer Eltern, allesamt beim Kanton angestellt. Ausserdem hatten wir ein ganzes Dossier geschrieben, mit Motivationsbrief etc. In Lausanne ist jedoch die Situation auf dem Wohnungsmarkt noch einmal wesentlich angespannter als in Bern. Ausserdem gibt es fast keine privaten Vermieter*innen, also Leute die ein Haus besitzen, jedoch keine Immobilienverwaltung anstellen, sondern sich selbst um die Mieter*innen kümmern. Das führt dazu, dass die Immobilienverwaltungen, welche natürlich Gewinn machen wollen, eine enorme Macht erhalten. Sie können Dokumente verlangen, welche per Gesetz nicht verlangt werden dürfen, denn wer nicht einreicht, bekommt keine Wohnung.

Für Immobilienverwaltungen heisst Gewinn möglichst kleiner Aufwand pro Mandat. D.h. konkret wünschen sie sich Mieter*innen, welche vom Alter ~30 an bei der Familiengründung bis zum Tod oder dem Umzug ins Altersheim in der Wohnung bleiben. Interne Regeln lassen menschlichen Sympathien nicht zählen, was zählt sind die Lohnauszüge, Zivilstand, Alter, Herkunft...

Schlussendlich brach mein Freund das Studium ab und ich kam nach einem halben Jahr Bern – Lausanne pendeln in einer schon bestehenden WG unter.

Jetzt suche ich also wieder eine Wohnung. Diesmal in Bern und mit einem Freund, der schon verdient. Das Szenario droht sich trotzdem zu wiederholen. Die Berner haben in der Bevölkerungsbefragung der Stadt Bern 2019 die Wohnungsnot als grösstes Problem angegeben. Die Situation ist mit einer zu vergebenden auf 200 Wohnungen (Lehrquote 0.5%) auch in Bern sehr angespannt. Ausserdem vereinen wir auch diesmal viele Nachteile bei der Wohnungssuche. Wir wollen in einer 2er- WG leben. WG ist jedoch gleichgestellt mit laut und unordentlich für viele Vermieter*innen. Wir sind jung heisst wild, laut, unordentlich. Cliché. Wir können uns nicht irgendeine Wohnung leisten, sondern sind darauf angewiesen, mit einem bescheidenen Budget auszukommen. Wir sind kein Paar. Ich bin ausserdem auf die Bahnhofsnähe angewiesen, weil ich in Freiburg studiere.

Einfluss der Initiative auf meine Wohnungssuche

Die Initiative hat zum Ziel, wie der Name schon sagt, die Anzahl an günstigen Wohnungen zu erhöhen. Dies soll insbesondere durch die Förderung von Trägern von gemeinnützigen Wohnungsbau (meist Wohnbaugenossenschaften), sowie die Unterbindung des Verlustes von günstigem Wohnraum durch (Energie-) Sanierungen geschehen. Ausserdem sollen die Gemeinden ermächtigt werden ein Vorkaufsrecht für sich einzuführen, dies soll helfen, mehr Sozialwohnungen zu offerieren.

Offensichtlich ist, dass uns günstiger Wohnraum zu Gute käme. Da Genossenschaften normalerweise nicht Gewinn orientiert sind, könnten wir davon profitieren, da eine Wohngenossenschaft auch Wohnungen an Personen vermieten kann, welche nicht dem marktwirtschaftlichen Optimal entspricht. Natürlich löst die Initiative nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Die Erhöhung der gemeinnützigen Träger für Neubauten auf mind. 10 % stellt jedoch schon eine deutliche Verbesserung dar. Das wiederum hilft nicht nur WGs, aber auch anderen Menschen, welche durch den Markt benachteiligt werden, wie zum Beispiel Alleinerziehende, Wenigverdienende, Menschen mit ausländisch klingenden Namen etc...

<https://www.derbund.ch/bern/vernarrt-in-den-eigenen-oev/story/10826260>
<https://bezahlbare-wohnungen.ch/>